



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl SPD**

Gegen Antisemitismus in Bayern – langfristige Finanzierung von RIAS Bayern sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Projektförderung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die derzeit drei Jahre beträgt, aufgrund der zentralen Bedeutung des Projekts im Kampf gegen Antisemitismus in Bayern und Deutschland, in eine Regelförderung zu überführen. Ziel der Entfristung ist es, die Arbeit und Expertise von RIAS langfristig zu sichern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine verlässliche Perspektive anzubieten.

Begründung:

Die RIAS ist ein zentrales Projekt im Bereich der Antisemitismusbekämpfung. Die RIAS nimmt Meldungen über antisemitische Vorfälle auf und unterstützt Betroffene von Antisemitismus in Bayern. RIAS ist beim Verein für Aufklärung und Demokratie (VAD) angesiedelt und wird vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales finanziell gefördert.

RIAS Bayern arbeitet eng mit dem Bundesverband RIAS zusammen. Ziel der Arbeit von RIAS ist es, Antisemitismus bundesweit vergleichbar zu erfassen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von RIAS dokumentieren bayernweit antisemitische Vorfälle, unabhängig vom Hintergrund des Vorfalls. Die so gewonnenen Erkenntnisse ergänzen das polizeiliche Lagebild und helfen, ein möglichst realitätsnahes Bild der Entwicklung von Antisemitismus in Bayern zu erhalten. Auf Grundlage der gemeldeten Fälle und eigener Recherchen verfasst RIAS Bayern regelmäßig bayernspezifische Berichte über Antisemitismus, betreibt Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und trägt so zum Kampf gegen Antisemitismus bei.

Nach Rücksprache mit den Betroffenen oder Meldenden vermittelt RIAS Bayern zudem weitergehende Unterstützungsangebote, ist beim Umgang mit den Behörden und der Polizei behilflich, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und veröffentlicht einzelne anonymisierte Fälle. Der Betroffenenenschutz steht dabei im Mittelpunkt der Arbeit: Die Betroffenen und Zeugen entscheiden, wie mit ihrer Meldung und ihren Informationen umgegangen werden soll.

Seit dem Angriff der Terrormiliz Hamas auf Israel hat auch in Bayern die Zahl antisemitischer Vorfälle erkennbar zugenommen. Seit dem Angriff am 7. Oktober 2023 (bis zum 9. November 2023) verzeichnete RIAS 148 Vorfälle; dreimal so viele im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gerade diese aktuellen Entwicklungen verdeutlichen, wie wichtig die Arbeit von RIAS Bayern zur Bekämpfung von Antisemitismus ist. Da die Arbeit von RIAS auch in den nächsten Jahren von gleichbleibender zentraler Bedeutung sein wird,

ist es wichtig, die Arbeit von RIAS, die bislang als Projektförderung für jeweils drei Jahre finanziell gefördert wird, in eine Regelförderung zu überführen – analog zum Bundesverband. Durch diesen Schritt soll die Expertise des Projekts nachhaltig abgesichert werden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von RIAS Bayern sollen eine verlässliche berufliche Perspektive erhalten.